

Parteien zur Ganztagschule vor der Bürgerschaftswahl am 29. Februar 2004

Am 19. Februar 2004 fand eine Sitzung des Landesverbandes Hamburg des Ganztagschulverbandes mit den bildungspolitischen Experten der in der Bürgerschaft vertretenen Parteien statt. Vor den Neuwahlen am 29. Februar 2004 sollte Stellung genommen werden zu den Vorstellungen der verschiedenen Parteien zur Ganztagschulentwicklung in Hamburg.

Folgende Fragen sollen u. a. angesprochen werden:

- Zukünftiger Ausbau der Ganztagschule in Hamburg: Wie soll es weitergehen, auf welcher Grundlage werden zukünftig Ganztagschulen gegründet?
- Bestehende Rahmenbedingungen für Ganztagschulen: Sind Veränderungen geplant, welche sind dies (bei den pädagogischen Grundlagen und den Ressourcen)?
- Was ist für die neu geschaffene „Ganztagsschulform light“ an Gymnasien und an den PROREGIO-Schulen an konzeptionellen Erweiterungen geplant?
- Welche quantitativen Ausbauschnitte für alle Ganztagschulen sind geplant, welcher Stellenbedarf ist hierfür vorgesehen?
- Wie ist die Umsetzung der Bundesmittel geplant?
- Gibt es eine Präferenz für offene oder gebundene Formen von Ganztagschule?

Die **FDP**, vertreten durch Herrn Woestmeyer, stellte fest, dass man mit dem Wahlversprechen seiner Partei „voll im Plan“ liegt – drei Ganztagschulen/Jahr. Von der zugesagten schnellen Umwandlung aller Gymnasien in Ganztagschulen (Programm des zurückgetretenen Bildungssenators Lange) ist man aus finanziellen Gründen allerdings abgekommen. Auch machten die durch die Verkürzung der Gymnasialzeit auf 8 Jahre notwendig werdenden zusätzlichen Unterrichtsstunden an 2 Nachmittagen nicht zwingend erforderlich, alle Gymnasien in voll verpflichtende Ganztagschulen umzuwandeln (dafür wäre auch eine Einstellungsänderung bei Lehrern und Schülern notwendig!), teilgebundene Modelle sind denkbar.

Sofortprogramm: für die 7. Klasse der Gymnasien 2 Unterrichtsnachmittage und Sicherstellung eines Essensangebotes. Erst für 2005 ist eine Umwandlung von 64 Gymnasien sowie 23 weiteren Schulen anderer Schulformen geplant. Ziel muss sein, dass jeder Schüler, der eine Ganztagschule besuchen möchte, auch die Möglichkeit dazu hat. Offen sind noch Fragen nach Einbindung des sonstigen sozialen Umfeldes der Schüler in den Ganztagschultag. Von den für Hamburg vorgesehenen 67 Mio. Euro Bundesmitteln ist die erste Rate abgefordert.

Zum **Arbeitszeitmodell:** Eine Arbeitszeitverlängerung ist, wie bei allen Beamten, z. Z. notwendig, wird auch nicht von allen abgelehnt. Das Modell in der jetzt eingeführten Form muss nachgebessert werden, besonders im Grundschulbereich. Außerdem sollte den Schulen ein größerer eigener Entscheidungsfreiraum bei der Verteilung der Mittel zugestanden werden.

Die **CDU**, vertreten durch Bernd Reinert, stellte fest: Das vorrangige Ziel der Partei war das Abitur nach 12 Jahren, jetzt wird die Entscheidung umgesetzt, d. h. 2 – 3 Nachmittage in der Schule werden notwendig werden (zunächst für die 7. Klasse).

Deshalb wird der Gymnasialbereich vorrangig bei der Umwandlung in Ganztagschulen sein. Die CDU hält es „nicht für sinnwidrig, die Spitze zu fördern“. Allerdings wird die Umwandlung nicht so schnell wie zunächst geplant durchgeführt werden können (in der Behörde würde „nicht so sorgfältig geplant, wie es sich gehört hätte“.) Erst ab 2005 ist die Umwandlung von 64 Gymnasien und 23 weiteren Schulen anderer Formen geplant. Vorstellungen zur inhaltlichen Ausgestaltung: Jede Schule muss ihr eigenes Konzept entwickeln; Zusammenarbeit mit Jugendhilfeträgern wird angestrebt; ein gewisses Maß an Verbindlichkeit ist notwendig. Über geplante Veränderungen der Rahmenrichtlinien konnte Herr Reinert sich nicht äußern, weil ihm dazu Informationen fehlten.

Zum **Arbeitszeitmodell**: Mehrarbeit ist eindeutig notwendig, dies hätte aber von vornherein gesagt werden müssen! Ein Arbeitszeitmodell sei im Prinzip richtig, im vorliegenden Fall sollten Einzelheiten überdacht werden (so müssten z. B. psychisch besonders beanspruchende Fächer mehr gewichtet werden) – es wird aber nur einen Ringtausch innerhalb des Modells stattfinden können, es gibt keinen finanziellen Spielraum.

Leider sei der Reformstau in Hamburg so groß gewesen, dass noch nicht alle Neuerungen ordnungsgemäß beendet werden konnten. Nicht richtig sei, dass ein Abbau von Lehrerstellen stattgefunden habe, es seien nur die weggefallen, für die im Haushalt keine Gelder bereitgestellt waren (von der SPD/GAL-Regierung).

Die **SPD**, vertreten durch Britta Ernst, bildungspolitische Sprecherin ihrer Partei, stellte fest: Familien- und frauenpolitische Gründe stehen an erster Stelle als Begründung für die Forderung nach Ausweitung des Ganztags-Angebotes. Die Ergebnisse der Pisa-Studie liefern einen zweiten wichtigen Grund: Mehr Leistung ist gefordert! Ziel: Jeder, der für sein Kind eine Ganztagschule möchte, soll in Hamburg die Möglichkeit dazu haben, unabhängig von der Schulform, es soll kein gymnasialer Schwerpunkt gesetzt werden. Für 2004 besteht für den Fall der Regierungsübernahme ein Sofortprogramm für 10 Schulen, weiter geplant sind 50 – 60 Ganztagschulen, d. h. jede 5. – 6. Schule der weiterführenden Schulformen. Verbindliche Formen sollen den Vorrang haben, dabei soll es auch zu Kooperationsvereinbarungen mit außerschulischen Partnern kommen, z. B. Jugendmusikschule, Sportvereine. U. a. für den Ausbau der Ganztagschule sind 400 Lehrerstellen vorgesehen.

Die Entwicklung zum Abitur nach 12 Jahren wird von der SPD mit Sorge verfolgt – einmal eingeführt muss es aber jetzt dabei bleiben. Die Stundenzahl besonders der 7. Klasse ist zu hoch – nachdenken über die Studentafel erscheint notwendig. Eine Mittagsversorgung ist unbedingt erforderlich! Die Rahmenrichtlinien für Ganztagschulen sind 12 Jahre in Kraft, sie sind überholungsbedürftig.

Das **Lehrerarbeitszeitmodell** muss überarbeitet werden – Mehrarbeit wird aber notwendig bleiben. Die Zusage, die Grundschule zu stärken, ist nicht eingelöst worden. Der Hinweis von Bernd Martens (Ganztagschulverband) auf die stärkere Arbeitsbelastung der Lehrer an Ganztagschulen sei wichtig und bedenkenswert.

Die **GAL**, vertreten durch Christa Goetsch, Spitzenkandidatin und Bildungsexpertin der Partei, stellte fest: Fernziel: In Perspektive fordert die GAL die Ganztagschule als Regelschulform. Nahziel und realistisch finanzierbar: 15 Ganztagschulen/Jahr +

50 Mittagstische (aus Bundesmitteln und Umschichtungen aus anderen Behörden). Weitere Forderungen: Garantie bis 16.00 Uhr, je mehr Verbindlichkeit für die Schüler, desto besser – je nach den Bedürfnissen vor Ort – Einbindung der Jugendhilfe als verbindlicher Bestandteil des Schultages – auch während der Vormittage, besonders im präventiven Bereich.

Die Einführung des Abiturs nach 12 Jahren sei stümperhaft gelaufen, Rückführung aber nicht möglich. Durch den dadurch notwendig gewordenen zusätzlichen Unterricht auch an Nachmittagen sind Einrichtungen für Mittagessen unverzichtbar – nur dadurch sind aber die Gymnasien nicht als Ganztagschulen anzusehen. Dazu bedarf es durchstrukturierter und rhythmisierter Tagesabläufe mit großen verbindlichen Anteilen. Schulen mit guten Konzepten könnten zu vollwertigen Ganztagschulen werden, andere beginnen nur mit einem Mittagstisch.

Die GAL ist grundsätzlich für ein **Arbeitszeitmodell**. Das Jahresarbeitszeitmodell der Klemm-Kommission wurde von der GAL mitinitiiert – das Hauptproblem des jetzigen Modells ist die gleichzeitige Absenkung von 400 Lehrerstellen und die Einführung einer dritten Sportstunde, außerdem kann eine Aufrechnung verschiedener Lehrertätigkeiten nach Minuten nicht funktionieren! Überholungsbedürftig!

Die Partei Rechtsstaatliche Offensive (**PRO**) hat sich auf die Einladung zur Stellungnahme nicht gemeldet.

Christa Vanselow

This document was created with Win2PDF available at <http://www.daneprairie.com>.
The unregistered version of Win2PDF is for evaluation or non-commercial use only.